

Wilstedt, Bremen, Osterholz-Scharmbeck, Berlin, Füssen, den 12.11.2024

Betreff: Protest gegen die drohende Abschiebung von dringend benötigten Pflegekräften

Sehr geehrter Herr Bundesminister Heil,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Faeser,
sehr geehrter Herr Bundesminister Prof. Dr. Lauterbach,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,
sehr geehrter Herr Bovenschulte,
sehr geehrte Herr Lechner,
sehr geehrter Herr Dr. Mohrmann,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Riedesel,

wir wenden uns an Sie als Pflegepersonal und Angehörige der Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegeheim Haus Wilstedt in Niedersachsen. Wir sind fassungslos und besorgt:

Wie der Tagespresse (*Niedersachsenteil des WeserKurier* vom 9. November 2024) zu entnehmen war, sollen zehn aus Kolumbien stammende Menschen, die in Haus Wilstedt beschäftigt sind, abgeschoben werden. Wenn dies geschieht, muss das Pflegeheim schließen.

Die Pfleger und Pflegerinnen sowie eine Reinigungskraft hatten Asylanträge gestellt, die ausreichend begründet und belegt sind. Ihre Asylanträge wurden mit nicht nachvollziehbaren Begründungen abgelehnt. Ein solcher Umgang mit Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, weil ihnen in ihrem Heimatland Gewalt und Tod drohen, ist menschenverachtend und zynisch.

Diese Menschen sind hier integriert, sie zahlen Steuern, haben einen festen Wohnsitz, ihre Kinder gehen hier zur Schule. Sie haben einen Arbeitgeber, der sie langfristig beschäftigen will. Sie leisten einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft.

Wenn Sie diese dringend benötigten Arbeits- und Fachkräfte ausweisen, setzen Sie damit nicht nur sie den Bedrohungen in ihrem Herkunftsland aus. Sie nehmen unseren Familienangehörigen, unseren Patientinnen und Patienten damit auch die liebevolle Pflege und Versorgung und die Sicherheit ihres letzten Zuhauses:

Haus Wilstedt ist das einzige auf Gerontopsychiatrie spezialisierte Heim der Landkreise Rotenburg und Osterholz-Scharmbeck. Es herrscht Arbeitskräftenotstand, ge-

rade in diesem Bereich – die Pflegekräfte, die abgeschoben werden sollen, stellen ein Drittel der Belegschaft von Haus Wilstedt dar.

Es gibt keine Kapazitäten, um den Heimbetrieb aufrechtzuerhalten, falls diese Menschen in Kürze abgeschoben werden, um auf neuem Verwaltungswege korrekt und legal wieder einzureisen. Zudem ist damit noch nicht sichergestellt, dass sie auch wirklich wieder an eine Arbeit in der Pflege herangeführt werden.

Unsere Eltern und Großeltern, die dort wohnen, sind schwer demenzkrank – schließt Haus Wilstedt, müssen sie dann auf andere Pflegeheime verteilt werden, die, ob der besonderen Lage mit schwerst an Demenz erkrankten Menschen sehr rar und weit verstreut sind. Unter Umständen müssten Angehörige sehr weit für Besuche fahren. Ganz davon abgesehen ist jede gravierende Änderung im Tagesablauf oder Leben eines/einer Demenzerkrankten für sie/ihn ein großes Problem. Möglicherweise müssen sie in die geschlossene Psychiatrie eingewiesen werden, um Verhaltensauffälligkeiten medikamentös wieder zu regulieren. Da gehören sie nicht nur NICHT hin, sie neben auch Menschen Plätze weg, die diese in der Psychiatrie benötigen.

Als Angehörige und Pflegekräfte sind wir nicht bereit, das hinzunehmen! Wir wenden uns gegen diesen unmenschlichen Verwaltungsakt, für den es aus unserer Sicht kein einziges Argument gibt, außer: sinnlose und völlig unzeitgemäße Symbolpolitik.

Der Entschluss, eine geliebte Person einer Pflegeeinrichtung anzuvertrauen, ist schwer genug. Als Angehörige haben wir unterschiedliche, aber immer emotional schwierige Wege und Zeiten hinter uns. Wir sind dankbar und froh, unsere Angehörigen in Haus Wilstedt sicher und liebevoll versorgt zu wissen.

Wir fordern mit allem Nachdruck, dass die Abschiebung der betreffenden Pflegekräfte ausgesetzt wird! Wir werden nicht ruhen, bis die Pflegekräfte eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten, damit sie in Haus Wilstedt weiter beschäftigt werden.

Eine menschliche Pflege entspricht nicht nur unserem Wunsch, sondern auch den politischen Zielen der Bundesregierung, deren Fachkräftestrategie lautet: „Da die inländischen Potenziale absehbar aber nicht ausreichen, will die Bundesregierung zum anderen die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland steigern und das Potenzial der Geflüchteten besser nutzen, in dem diese gezielt in den Arbeitsmarkt integriert werden.“ Dies ist sicher nicht nur ein Ziel der aktuellen Bundesregierung, sondern auch jeder nächsten.

Das Land braucht diese Pflegekräfte, diese Menschen brauchen Ihre Hilfe! Setzen Sie sich für ihr unbefristetes Bleiberecht ein!

[Erstunterzeichner: Angehörige, Heimleitung, Belegschaft, siehe im Folgenden:]

Heimleitung:

Andrea Wohlmacher

Tino Wohlmacher

Belegschaft:

Linda Thrams

Frank Stoltze

Nadja Heintz

Diana Viebrock

Daniela Drescher

Ariana Guzmann

Vjollia von Würtzen

Sarah Walther

Cornel Motrici

Jasmina Schröpf

Valentina Tascon

Andres Garcia

Karen Mosquera

Carlos Pedroza

Rosalba Carrillo

Liliana Arenas

Dana Stork

Camila Carrillo

Diego Arenas

Dorota Przepierska

Aref Jamschidi

Monika Rozycka

Malgorzata Szczecinska

Fabian Jalvin

Brenda Schindler

Michael Thrams

Stephan Nyst

Paulina Bujak

Felix Walther

Jessica Feht

Thomas Haase

Jessica Günther

Jessica Blicharski

Ramona Ahrends

Bianca Mittelstädt

Maria Arenas

Angehörige:

Dr. Isabelle Schwarz

Michael Glomb

Anne Weiss

Juliane Müller

Markus Müller

Madita Müller

Christopher Dlugosch

Fiona Müller

Karl-Maria Schwarz